

## Die Untoten des Kapitals sind depressiv

Je größer die Ungleichheit in einer Gesellschaft, desto größer die Angst vor dem Urteil der Mitmenschen. Psychische Krankheiten und Gewalt sind die Folgen. Seite 21



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Fotos: 123rf/  
Kitti Kahotong [M]

Sonnabend/Sonntag, 16./17. Mai 2015

70. Jahrgang/Nr. 112 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Noch zu retten?

Katja Herzberg zu Fluchtdramen im Mittelmeer und in Südostasien

Mit dem Verweis auf das Völkerrecht kritisierte nun UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die Abweisung von Bootsflüchtlingen durch die Regierungen mehrerer südostasiatischer Länder. Der höchste Vertreter der Staatengemeinschaft hätte ruhig einen Schritt weiter gehen können. Seenotrettung wird durch internationale Abkommen verlangt. Die Bilder, die sich der Weltöffentlichkeit dieser Tage vor den Küsten von Malaysia, Indonesien und Thailand bieten, schreien jedoch zuallererst nach Menschlichkeit. Ausgemergelte, verletzte Geflüchtete flehen zu Hunderten um Hilfe. Doch statt ihrer Bitte um Aufnahme nachzugeben, werden sie zurück auf hohe See geschickt – womöglich direkt in den Tod.

In geringerem Ausmaß, aber mit denselben Mitteln agiert die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Berichte von Zurückweisungen und Zerstörungen kleinerer Boote im Mittelmeer gab es in den vergangenen Jahren zuhauf. Erst als hunderte Flüchtlinge auf einmal ertranken und sich die Nachrichten über Bootsunglücke täglich wiederholten, zeigten zumindest einige EU-Politiker Einsicht und ordneten Seenotrettung – natürlich in begrenztem Umfang – an. Sie klopfen sich nun auf die Schultern, wenn minutiös berichtet wird, dass die Fregatte »Hessen« Menschen an Bord nimmt.

Um diejenigen, die für ein (besseres) Leben ihr eigenes auf Spiel setzen, geht es diesen »Rettern« nicht. Damit verhalten sich die verantwortlichen Politiker in der EU kaum anders als die in Südostasien. Wo bleibt also der UN-Einsatz für mehr Menschlichkeit in der Politik?

## UNTEN LINKS

Wir sind natürlich ganz und gar nicht einverstanden mit Euch, Ihr anonymen Bombendroher. Aber da Ihr nun offenbar entschieden habt, Euer gemeinsames Gewerk häufiger einzusetzen, stellen wir uns Fragen. Etwa, wer bei Euch die Auswahl trifft. Wird darüber abgestimmt, welche Großveranstaltung als nächste torpediert wird? Nach welchen Kriterien läuft die Entscheidung? Per Los? Manchmal denken wir ja, es gibt bei Euch Fachgremien. Bombendrohungen an Schulen etwa liegen in Verantwortung der AG Prüfungsangst. Für anonyme Anrufe bei Konzerten (Manowar, Marilyn Manson) und Modellsendungen ist der Arbeitskreis Popkultur zuständig. Und sicher kooperiert ihr auch mit dem Netzwerk herrenloser Koffer, die überall Polizeieinsätze auslösen. Soweit so schlecht. Nur: Woher kommt Eure Vorliebe für Bahnhöfe? Weil Ihr denkt, bei Euch ist mental betrachtet auch der letzte Zug schon längst abgefahren? Ja? Dagegen werden wir sicher keinen Einspruch erheben. Und das ist keine Drohung! tos

## Bombenstimmung bei der FDP

Parteitag in Berlin: Lindner sieht Freidemokraten vor der Wiederauferstehung



Haben sich noch nicht in die FDP-Bundesspitze gemodelt: Fernseh-Liberale Klum, Hayo und Joop

Foto: dpa/Uwe Anspach

Berlin. Wenn der Neoliberalismus als Fernsehformat auf die Welt gekommen wäre – die Sendung hätte »Germany's next Topmodel« heißen. Die Castingshow, die am Donnerstagabend wegen einer Bombendrohung abgebrochen wurde, bringt den Kern radikaler Marktideologie auf die Bühne: bedingungslose Selbstvermarktung und Wettbewerb bis jemand heult, Karrieremythos und Glitzerfarben, welche die soziale Realität übertünchen, der Mensch als Ware, das Leben als Produkt. Und natürlich schön viel Werbung.

Wer hierbei an die FDP und ihren Wiederauferstehungsversuch denkt, liegt nicht falsch.

Dass der Chef der so genannten Liberalen, Christian Lindner, vor dem Parteitag an diesem Wochenende in Berlin immer wieder gefragt wurde, ob die FDP auf die Attraktivität ihrer Spitzenkandidatinnen setzt, kommt hinzu.

Das sagt zunächst etwas über das Frauenbild in den Köpfen mancher Medienmacher aus. Es steckt aber wohl auch ein Körnchen politischer Wahrheit darin. Die FDP unterlegt ihren Freiheitsbegriff mit ideologischen Girlanden à la »Eigenverantwortung« und »Leistungsprinzip« – und sie lässt diese Botschaften von einer Gilde jüngerer Politiker aufführen, die sich für das personelle Ensemble des Neoliberalismus ebenso eignen wie die Bewerberinnen von Gut-Ausseh-Wettbewerben. Wo die einen mit dem Hinweis veredelt werden sollen, sie könnten wie die Bremer FDP-Spitzenkandidatin Lencke Steiner »einfach besser mit dem Geld umgehen«, verkörpern die anderen den Mythos vom Aufstieg durch mehr Glanz an der Oberfläche. Er, sagt FDP-Chef Lindner, »glaube nicht, dass die Menschen sich von Oberflächlichkeiten leiten lassen«.

Der Erfolg einer Sendung wie »Germany's next Topmodel« ist der Gegenbeweis. Die abgebrochene Sendung wird übrigens in zwei Wochen nachgeholt. tos

Seiten 3 und 4

## Von der Leyens erstes eigenes Milliardengrab

Angeblich ist eine Entscheidung für ein neues Flugabwehrsystem gefallen – es hat eine Vorgeschichte

**Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat vermutlich ihre erste folgenschwere Rüstungsentscheidung getroffen. Es geht um ein Flugabwehrsystem.**

Von René Heilig

Das Verteidigungsministerium hat die seit langem schwelende Entscheidung für ein neues sogenanntes Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS) getroffen, meldet die »Süddeutsche Zeitung«. Danach soll ein weiterentwickeltes MEADS-System den Zuschlag erhalten. Stimmt nicht, sagte ein Sprecher des Ministeriums gleichfalls am Freitag auf nd-Nachfrage: »Entschieden wird – wie bislang immer behauptet – erst zum Ende des zweiten Quartals.«

So oder so, schon jetzt ist klar: Dieses erste und vermutlich wichtigste Rüstungsprojekt, das in der aktuellen Amtsperiode von der Leyens zu entscheiden ist, birgt

vielgestaltige Risiken. Sicher ist: Es wird teurer, kommt später und leistet nicht, was gefordert wurde – egal, an wen die Bestellung geht.

Seit Monaten schon geben sich Rüstungslobbyisten im Verteidigungsministerium und im Bundestag die Klinke in die Hand. Die einen vertreten den US-Rüstungskonzern Raytheon und preisen eine modernisierte Variante des bereits seit 1989 in der Bundeswehr gebräuchlichen, derzeit an der Grenze zu Syrien eingesetzten »Patriot«-Systems an. Die anderen vertreten das Unternehmen MBDA und versprechen Wunderdinge vom Medium Extended Air Defense System – kurz MEADS. Gemeinsam mit dem US-Rüstungskonzern Lockheed-Martin soll MBDA-Deutschland – das Unternehmen beschäftigt vor allem in Süddeutschland rund 1300 Mitarbeiter – MEADS zur Serienreife bringen.

»Unter strenger Aufsicht«, heißt es aus dem Verteidigungsministe-

rium, denn bisherige Planungen sprechen von einem Kostenvolumen um die vier Milliarden Euro.

Die Planungen für MEADS begannen in den 1990er Jahren. Beteiligt waren die USA, Frankreich, Italien und Deutschland. Bald stieg Frankreich aus. 2005 wurde ein Vertrag zur Entwicklung von MEADS geschlossen. Anfang 2014

**Für MEADS hat Deutschland schon über eine Milliarde Euro gezahlt.**

endete alles ohne Bestellung. Auch die Bundeswehr hatte abgewinkt, doch da hatte Deutschland bereits eine Milliarde Euro investiert.

Die Kostenplanungen lagen anfangs bei 3,4 Milliarden US-Dollar. Deutschland sagte eine 25-prozentige Beteiligung zu. Doch mehrfach gab es Verzögerungen.

2011, dem Jahr des ersten Testschusses, verloren die USA das Interesse. Anfang 2015 kam es dann wie vereinbart zum Technologietransfer aus den USA nach Deutschland. Doch der Vertrag war schwammig – zusätzliche Kosten standen ins Haus, konnten aber vom Verteidigungsministerium mit knapper Not abgewiesen werden.

Als Argument für MEADS hört man, dass Deutschland so hohe Entwicklungskosten gezahlt habe. Außerdem würde man – anders als beim Raytheon-Angebot – das Systemneuleben kennen, laufe also nicht wie beim gescheiterten Drohnen-Projekt »EuroHawk« Gefahr, eine Blackbox zu kaufen.

Als Indiz für eine Pro-MEADS-Entscheidung können Industrieveröffentlichungen herhalten. Im bayerischen Schrobenhausen ist gerade der Aufbau des aus Orlando (USA) überführten MEADS System Integration Laboratory (SIL) abgeschlossen worden.

## Kritik an Abweisung von Flüchtlingen

UN erinnern an völkerrechtliche Pflicht zur Seenotrettung

Langsa. Angesichts der Flüchtlingskrise im Golf von Bengalen wächst die Kritik an der Abschottungspolitik der Zielländer Indonesien, Malaysia und Thailand. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon verurteilte die Abweisung von Booten mit mehreren hundert Menschen an Bord. Die Rettung von Flüchtlingen auf hoher See sei eine völkerrechtliche Pflicht, erklärte er in New York. UN-Menschenrechtskommissar Seid Ra'ad al-Husseini sagte: »Etwa 6000 Bangladescher und Rohingya sitzen noch immer unter prekären Umständen auf dem Meer fest.« Wenn Boote zurück aufs Meer geschickt würden, seien weitere Tote »programmiert«.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) prangerte »entsetzliche Bedingungen« auf den Booten an. »Sie trinken vermutlich Meerwasser, um überleben zu können, wenn sie noch leben«, so IOM-Sprecher Joe Lowry im Deutschlandfunk. Die Flüchtlinge bräuchten dringend humanitäre und medizinische Hilfe.

Auch über die Flüchtlingspolitik der EU gibt es weiter Streit. Insbesondere die Pläne zu einem EU-Militäreinsatz gegen Schleuserbanden im Mittelmeer stoßen bei Menschenrechtsaktivisten auf Kritik. Die EU habe offenbar noch nicht begriffen, dass hinter den Flüchtlingsströmen ein viel größeres Problem stehe, sagte der »Cap Anamur«-Gründer Rupert Neudeck im RBB-Inforadio. Es seien 18 Millionen junge afrikanische Menschen auf dem Weg durch Afrika in Richtung Europa, weil sie eine Perspektive suchten. »Die erreicht man nicht dadurch, dass man ein paar Schleuserboote vor den Küsten Libyens, Marokkos, Algeriens und Tunesiens zerstört«, sondern etwa über Berufsausbildungsprogramme. Agenturen/nd

Seiten 3 und 6

## Varoufakis drängt auf Umschuldung

Griechenland will weiter mehr Zeit für Rückzahlung von Krediten

Athen. Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat sich erneut für eine Umschuldung seines Landes stark gemacht. Hellos benötige mehr Zeit für die Rückzahlung von Krediten an die Europäische Zentralbank (EZB). »Die Fälligkeit der Anleihen sollte verschoben werden«, sagte der Minister am Donnerstag in Athen. Dazu könnte ein Austausch von Papieren zwischen Europäischem Stabilitätsmechanismus (ESM) und EZB dienen. Der ESM würde von Griechenland ausgegebene langfristige Anleihen kaufen und an die EZB übertragen, die »die Schuld tilgen würde«. So würde die »Rückzahlung der Schuld in die ferne Zukunft verschoben«.

Varoufakis äußerte später im Parlament, seine Vorschläge würden EZB-Chef Mario Draghi »in Angst versetzen«. Schließlich müsse Draghi inmitten seines laufenden EZB-Anleihekaufprogramms schon gegen die »Deutsche Bundesbank und ihren Präsidenten Jens Weidmann kämpfen«, der gegen eine Aufweichung der Schuldenregeln in Europa sei.

Griechenland muss in den Sommermonaten Schulden in Höhe von knapp 7 Milliarden Euro an die EZB zurückzahlen und droht deswegen bankrott zu gehen. Die Gläubiger von EU und IWF fordern von der SYRIZA-geführten Regierung im Gegenzug für die Freigabe der letzten Tranche aus dem laufenden Kreditprogramm in Höhe von 7,2 Milliarden Euro jedoch unter anderem Kürzungen bei den Renten und Entlassungen im öffentlichen Dienst oder auch Privatisierungen. Im letzten Punkt zeigt Griechenland nun Entgegenkommen. Die Regierung hat nach monatelangem Stopp das Verfahren zur Teilprivatisierung des Hafens von Piräus wieder angefahren. Die zu veräußernden Anteile an dem größten griechischen Hafen würden allerdings von ursprünglich geplanten 67 Prozent auf 51 Prozent reduziert, hieß es aus informierten Kreisen in Athen. AFP/nd

Seite 23

ISSN 0323-3375

